



Investment – Property – Consulting

Gulfore Group F.Z.E., Ajman Free Zone, UAE

Gulfore Group F.Z.E.

Ajman Free Zone
P.O. Box 17700
Ajman
United Arab Emirates

Tel.. +971 50 80 439 24

Fax. +971 6 522 3680

www.gulfore.com
stephan@gulfore.com

Ajman, April 2008

Gulfore Newsletter April 2008

In Kooperation mit unserem juristischen Partner (www.advocates.cc)

Liechtenstein vs. VAE

Unser letzter Newsletter hat einigen Staub aufgewirbelt. Das war auch der Sinn und Zweck. Seit 15. Februar hat sich der Kapitalzustrom in die VAE versiebenfacht. Wie aus der Chefetage einer lokalen Bank zu hören ist, sind insgesamt 72 Billionen Euro innerhalb von 2 Monaten – aus Europa transferiert - in den VAE veranlagt worden.

Unsere Kanzlei erhält täglich Anfragen, wie ein solcher Transfer aus Liechtenstein, der Schweiz, aus Luxemburg - oder anderen ehemals sicheren europäischen Veranlagungshäfen - bewerkstelligt werden kann.

Lokale Banken mit erstklassigen Bonität haben – eine entsprechende compliance gemäß den Geldwäschereibestimmungen vorausgesetzt – maßgeschneiderte Lösungen erarbeitet.

Was ist überhaupt „Geldwäscherei“?

Dies ist z.B. im § 165 der österr. Strafrechtsbuches genau definiert. UNVERSTEUERTE GELDER SIND NICHT ANGEFÜHRT. Das einzige Finanzvergehen, das in der Aufzählung der Delikte vorkommt, ist Schmuggel bzw. die Hinterziehung von Eingangs- und Ausgangsabgaben.

Die Bewegung von un versteuerten Geldern bzw. solchen, deren Zinsen Sie nicht versteuert haben, von einem Land in ein anderes, hat mit dem Delikt der Geldwäscherei nicht das Geringste zu tun.

Doppelbesteuerungsabkommen Deutschland –VAE

Dieses läuft bekanntlich mit 31.8.2008 aus und soll – zumindest in dieser Form – nicht verlängert werden.

Das bedeutet für alle in Deutschland Ansässigen, dass z.B. die Einkünfte aus Liegenschaften, sei es Miete oder capital gain in Deutschland zu versteuern sind, aber –sollte es überhaupt zu keinem Neuabschluss kommen – auch Einkünfte aus Betriebsstätten deutscher Unternehmen in den VAE. Es sind derzeit keine Verhandlungen über ein neues DBA mit Deutschland bekannt .

Wir empfehlen daher deutschen Klienten, eine Verlegung ihres Unternehmenssitzes (oder auch Wohnsitz) in die Emirate in Betracht zu ziehen. .

Neues Gesellschaftsrecht

Wie das Wirtschaftsministerium in Abu Dhabi bekannt gibt, soll innerhalb der nächsten sechs Monate eine wesentliche Änderung des Gesellschaftsrechtes in Kraft treten. Ausländer sollen die Möglichkeit erhalten mehr als 49% an sogenannten „Onshore Companies“ zu halten. Welche Prozentsätze für welche Branchen vorgesehen sind ist jedoch noch nicht fixiert.

Es wird daher jenen Klienten, die beabsichtigen Onshore Companies zu gründen empfohlen, entweder mit der Gründung noch zuzuwarten oder in die Gründungsverträge entsprechende Klauseln aufzunehmen, wonach sich das Beteiligungsverhältnis zwischen dem Ausländer (derzeit 49%) und dem Local Shareholder (derzeit 51%) über einseitige Aufforderung des ausländischen Partners abgeändert werden kann. Diesbezüglich werden Optionsverträge oder Abtretungsangebote empfohlen. In den Freezones bleibt es natürlich bei den 100 Prozent Ownership für Ausländer.

Alternative Energie

Das Emirat Abu Dhabi will Vorreiter für alternative Energien sein. So wurde bereits beschlossen, eine spanische Firma damit zu beauftragen, die ersten grossangelegten Solarkraftwerke in Abu Dhabi zu errichten. Hier bestehen enorme Chancen für ausländische Unternehmen.

Energiekrise

In Dubai und auch den nördlichen Emiraten besteht derzeit eine gewisse Energiekrise. Energieintensive Betriebe, wie insbesondere auch Zementwerke, Stahlwerke etc. können zeitweise nur mit Dieselgeneratoren versorgt werden. Laut letzten Meldungen hat das Emirat Ras Al Khaimah eine Kohlenmine in Indonesien angekauft und will ein eigenes Kohlekraftwerk zur Überwindung dieser Krise bis August errichten. Ausschliesslich das Emirat Abu Dhabi scheint über hinreichende Energie zu verfügen, massgeblich aufgrund des Anschlusses an die „Dolphin Pipeline“.

Mindestlöhne

Jene Staaten, die die überwiegende Anzahl von unskilled workers insbesondere für die enorm boomende Bauindustrie in den Emiraten zur Verfügung stellen, haben Mindestlöhne eingeführt. Dies bedeutet, dass Arbeiter aus Indien, Pakistan, Bangladesh und auch den Philippinen nur noch zu diesen Mindestlöhnen beschäftigt werden können. Die Mindestlöhne liegen zwischen USD 180 bis 300 im Monat.

Inflation, Dollar-PEG

Die Inflation in den Emiraten hat die 10% Grenze überschritten. Für 2008 streben die Emirate 5% an. Auch die anderen GCC Länder leiden unter dem Inflationsdruck, welche überwiegend auf den Dollarpreisverfall zurückgeführt wird.

In dem Zusammenhang wird nach wie vor die Aufwertung der GCC Währungen, allen voran des emiratischen Dirham, diskutiert und überlegt. Sheikh Mohamed, Ruler von Dubai und Vizepräsident der VAE, hat jedoch am 5. April verlautbart, dass der Dirham gegenüber dem Dollar nicht aufgewertet wird. Damit scheint zumindest vorläufig das letzte Wort gesprochen.

Hier das Statement des CEO der größten Bank in der Golfregion, Emirates NBD:

“Gulf states should consider ditching their dollar peg and instead move to a basket of currencies, according to the chairman of the Gulf’s biggest bank.”

“We are handicapped in how to deal with inflation because of the US dollar,” said Emirates NBD Chairman Ahmed Humaid Al Tayer in an interview two weeks ago.

Das Thema bleibt also spannend, Investitionen profitieren jetzt weiterhin vom schwachen Dollarkurs.

Verzicht auf Importzoll in den VAE

Die Regierung in Abu Dhabi hat beschlossen, den 5%igen Importzoll auf Baumaterialien, massgeblich auf Zement und Stahl bis auf weiteres nicht einzuhoben. Damit soll ein Gegengewicht insbesondere zu den steigenden Lohnkosten geschaffen werden, die Massnahme dient jedoch auch der Inflationsbekämpfung.

Die Wachstumsrate der Vereinigten Arabischen Emirate für 2007 steht nunmehr mit 9,3% fest.

Damit haben die VAE nach China das grösste Wirtschaftswachstum der Welt.

Sprechen Sie mit uns!

Gulfore Group F.Z.E.



Stephan Lindenfeld

Executive Director